

# Auf Lösungssuche im Bundeshaus

Je eine Interpellation von sechs Freiburger Nationalräten und von Ständerat Beat Vonlanthen will vom Bundesrat wissen, welche Lösungen er für den Erhalt von Schullagern sieht. Als Möglichkeit wird die Erhöhung von Jugend+Sport-Geldern vorgeschlagen.

Urs Haenni

**BERN** «Ich wollte die Interpellation möglichst schnell einreichen. Es ist eine Thematik, die alle Kantone betrifft.» So hat die Freiburger Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP) am Montag einen Vorstoss deponiert, gemäss dem der Bund sportliche und kulturelle Anlässe im Rahmen schulischer Aktivitäten garantieren soll. Die Thematik um Schullager und -anlässe ist aufgekommen, nachdem das Bundesgericht im Dezember 2017 verfügt hatte, dass Eltern für solche

Ausgaben nicht zur Kasse gebeten werden dürfen. Der Kanton hatte erst befunden, dass die Gemeinden ab sofort bezahlen müssten, danach richtete er einen Appell an die Eltern, ein letztes Mal für diese Kosten aufzukommen (die FN berichteten). Freiburg hatte früher als andere Kantone auf den Bundesgerichtsentscheid reagiert, und nun sind es auch die Freiburger Nationalräte, die auf Bundesebene reagieren. Die Interpellation wurde von Jacques Bourgeois (FDP), Pierre-André Page (SVP), Valérie Piller Carrard

## «Die Schullager und -anlässe bilden eine Thematik, die alle Kantone betrifft.»

**Christine Bulliard-Marbach**  
CVP-Nationalrätin

(SP), Jean-François Rime (SVP) und Ursula Schneider Schüttel (SP) mitunterzeichnet. Konkret regt die Interpellation dazu an, dass der Bundesrat die Subventionen für Jugend+Sport massiv erhöht, um fehlende Elternbeiträge zu kompensieren. Weiter schlägt die Eingabe eine Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung von Sport und körperlicher Betätigung vor. Auch befragt der Vorstoss den Bundesrat nach Lösungen zum Erhalt der Anlässe.

SP-Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel ist im Prinzip damit einverstanden, dass

Eltern nicht für ein Grundangebot an Schulen zur Kasse gebeten werden. Doch auf den Bundesgerichtsentscheid dürfe man dennoch nicht in Form eines Schnellschusses reagieren. «Sonst gibt es dieses Angebot in Zukunft gar nicht mehr, weil einige Gemeinden möglicherweise die Kosten nicht übernehmen wollen», sagt sie. «Ich finde es im Grundsatz gut, dass der Bundesrat die Situation jetzt prüfen muss, denn letztlich ist das Problem ein gesamtschweizerisches.»

SVP-Nationalrat Pierre-André Page sagt, er sei zwar in der

Regel gegen eine Erhöhung von Bundesausgaben, in diesem Falle gehe es aber um die Bewahrung eines wertvollen Angebots. «Die Form einer Interpellation ist geeignet, das Thema auf Bundesebene auf den Tisch zu bringen», meint Page.

Auch CVP-Ständerat Beat Vonlanthen hat eine ähnlich lautende Interpellation eingereicht. Er macht darin auch auf die negativen Konsequenzen auf den Schneesport und den Tourismus aufmerksam. Die Antwort des Bundesrats sollten bis zur nächsten Session vorliegen.